

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/13

Bonn, den 20. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>"... das aller menschlichste Anliegen jeden Volkes"</u> Die Okkupation der Tschechoslowakei und die kommunistische SED	41
1 a	<u>Mietrechts-Mißbrauch</u> Eine Leserzuschrift an den SPD-Pressedienst aus Hannover	17
2 - 3	<u>Der Schulbau als Weichenstellung für die Bildung</u> Unter Gefahr von Fehlinvestitionen Von Ferdinand Drexler, MdL, Bayern	69
4	<u>Sportjugend im Bundesjugendring</u> Unzufriedenheit über Anteilsbeteiligung	42
5 - 6	<u>Neue Formen des Protestes in Spanien</u> "Sit-ins" von Angehörigen politischer Häftlinge Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	76

"... das aller menschlichste Anliegen jeden Volkes"

Die Okkupation der Tschechoslowakei und die kommunistische SED

sp - Die Ereignisse in der Tschechoslowakei lassen die SED nicht zur Ruhe kommen. Es vergeht kaum eine Mitglieder- oder Funktionärversammlung, in der nicht irgend jemand auftritt und fragt, warum sich die "Nationale Volksarmee" an der militärischen Intervention der Warschauer Paktstaaten beteiligt habe. Antworten auf solche Fragen werden zunächst meist mit der formalen Begründung gegeben, die DDR sei eben Mitglied des Warschauer Paktes und habe daher die Pflicht, dessen Beschlüsse zu respektieren. Natürlich befriedigen derartige Antworten die Fragesteller nicht. Wenn die Diskussion weitergeht, wird mit dem Hinweis darauf argumentiert, in der CSSR sei es den "Westdeutschen Militaristen und Imperialisten" gelungen, die Gegenrevolution schon so weit voranzutreiben, daß die Armeen der sozialistischen Staaten den wirklichen Sozialisten in der CSSR zu Hilfe eilen mußten...

Aber alles das genügt nicht, um die nun schon seit Monaten in der DDR anhaltende Diskussion über das Recht eines Volkes auf den eigenen Weg zum Sozialismus abzustoppen. Die Unzufriedenheit über die von offiziellen und höchsten Stellen abgegebenen Erklärungen über die Beteiligung der "Nationalen Volksarmee" an der militärischen Intervention in der CSSR macht sich immer mehr Luft.

Im Augenblick untersucht eine Kommission des Zentralkomitees der SED die Gründe für das Verhalten des Deutschlandsender-Intendanten Kurt E h r i c h. Dieser hatte am 12. Januar 1969 in der Sendung "Das Sonntagsgespräch" im Verlaufe einer Diskussion mit polnischen und Ostberliner Journalisten erklärt:

- * "Okkupanten aus dem Lande zu werfen, das ist nach meiner
- * Meinung das aller menschlichste Anliegen jedes Volkes."

Die Sendung selbst sollte ursprünglich dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der polnischen und Ostberliner Vorstellungen gewidmet sein. Ehrlich wirkte zerstreut, hatte die Fäden der Diskussion nicht wie sonst in der Hand,

bis ihm schließlich sogar der oben zitierte Ausspruch entfuhr. Zunächst nickten die Gesprächsteilnehmer beifällig, bis sie plötzlich wohl merkten, welche Ungeheuerlichkeit der Intendant gesagt hatte. Betretenes Schweigen war die Folge.

Wir sind darüber informiert, daß Intendant Ehrlich seit jenem "Sonntagsgespräch" mit anonymen Glückwunschschriften überschüttet wird, in denen mit Befriedigung festgestellt wird, daß es an der Zeit gewesen sei, endlich einmal "ein offenes Wort" über die Vorgänge in der Tschechoslowakei zu sprechen. Die Folgen dieser gewiß unfreiwilligen Ehrlichkeit des Deutschlandsender-Intendanten sind noch nicht bekannt.

+ + +

Mietrechts-Mißbrauch

Eine Leserzuschrift an den SPD-Pressedienst aus Hannover

- * Zu dem unter obigen Titel in der Ausgabe des SPD-Pressedienstes vom 9. Januar 1969 erschienenen Kurzkommentar, den viele Zeitungen zitierten, ging uns aus Hannover folgende Zuschrift zu.
 - * Sie spricht für sich selbst.
- Die Redaktion

Wie wir nun am 10. 1. in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung gelesen haben, sind Ihnen schon mehrere Fälle über horrenden Mietwucher bekannt. Da auch in unserer Stadt die Hauswirte sich erlaubt haben, 100 sogar 130 Prozent die Miete zu erhöhen, wollen wir Ihnen das auch zur Kenntnis geben. Wir, die wir im Mieter-Schutzverein sind, haben versucht, dort etwas zu erreichen, aber leider waren alle Bemühungen vergebens! Wir, die darunter Leidenden, wären daher froh, wenn es gelingen sollte, den horrenden Mietwucher zu bekämpfen. Wir sind alles alte Leute und wohnen seit 51 im Hause, haben uns nichts zu Schulden kommen lassen und müssen nun so darunter leiden. Wir alle wären glücklich und den Herren Landesministern von Herzen dankbar, wenn gegen den horrenden Mietwucher etwas unternommen werden könnte. Einige von uns bekannte Damen haben sogar einen Mietzuschuß vom Staat erhalten, weil der Hauswirt sie rausgeklagt hatte, ihre Rente nicht ausreichte, um die 100 Prozent Erhöhung zu bezahlen. Wir hoffen, daß der Staat dem horrenden Mietwucher ein Ende bereiten kann und wir alle aufatmen könnten.

Ein alter Damenkreis kommt mit der Bitte.

+ + +

Der Schulbau als Weichenstellung für die Bildung

Unter Gefahr von Fehlinvestitionen

Von Ferdinand Drexler, MdL, Bayern

Bayern hätte die große Chance unmittelbar, aus dem Zustand eines wenig gegliederten Schulwesens, aufbauend auf den Erfahrungen anderer Länder der Bundesrepublik, eine kostspielige Zwischenstufe zu überspringen. Bis zum 1. Februar sollen die Pläne für die Neugliederung der Schulsprengel dem Kultusministerium vorgelegt werden. Die ministerielle Anweisung zur Neugliederung der Volksschulen läßt allerdings befürchten, daß vielfach wiederum nur halbe Schritte getan werden. Wohl soll "wenn es möglich ist", in der Hauptschule Parallelklassen eingerichtet werden, aber es wurde auch erklärt, daß die Volksschulen "so weit als möglich" dem Art. 11 des Volksschulgesetzes angepaßt werden. Gemeint ist selbstverständlich der jetzt noch geltende Text. Der gegenwärtige Artikel 11, dessen Änderung die SPD erstrebt, besagt, die Volksschulen sind so zu errichten, daß die Schüler grundsätzlich auf Jahrgangsklassen, mindestens aber auf vier Klassen (für alle Schülerjahrgänge!) verteilt sind. In Ziffer 2 dieses Artikels erfolgt eine Einschränkung auf noch kleinere Einheiten.

Dazu ist grundsätzlich zu sagen:

Eine weitblickende Schulpolitik wird in einem schulorganisatorischen Gesamtplan, auf dessen Grundlage ja neue, große Investitionen im Schulbau folgen, große Hauptschulen mit möglichst dreizügigen, mindestens jedoch parallelen Jahrgangsklassen anstreben, aber mit Vorrang ein Netz von Gesamtschulen sowie integrierten Haupt- mit Realschulen vorsehen.

Schlittern wir also hinein in eine zweite Phase der Fehlinvestitionen im Schulbau? Wieviele Millionen müssen erst wieder verpulvert werden, bis die bessere Einsicht sich durchgesetzt hat? Wenn sich nicht in letzter Minute der Mut zur großen Lösung durchsetzt, werden in den nächsten Jahren voraussichtlich 500 Millionen DM in Bayern im Schulbau fehlinvestiert. Der Schaden, der der heran-

wachsenden Generation dabei zugefügt wird, läßt sich in Zahlen nicht messen.

Den Gemeinden und Kreisen muß dringendst angeraten werden, im Schulbau eher sehr zurückhaltend zu sein, als kleinen oder mittleren Lösungen zuzustimmen, die mit Sicherheit schon in absehbarer Zeit als Fehlinvestitionen erkannt werden.

Der Neubau von neunklassigen Schulen (bei neun Pflichtschuljahren) ist eine Fehlinvestition, weil er nicht einmal die Gewähr dafür bietet, daß es nach der sechsten Klasse Jahrgangsklassen geben wird. Die Oberstufe der Volksschule (Hauptschule) muß der heranwachsenden Generation einen differenzierten Kursunterricht anbieten können, das aber ist bei nur einfachen Jahrgangsklassen ausgeschlossen!

Neubauten dürfen kein veraltetes Schulsystem stabilisieren. Ich schließe mich der Meinung von Günter Bechert, Unna, in seinem Artikel "Schulplanung und Schulreform" in "Bildung und Politik" Nr. 8/9 1968 voll an, wenn er schreibt:

"Die Neubauten stabilisieren ein altes Schulsystem. Das ist im Hinblick darauf, daß die durchschnittliche Lebensdauer von Schulgebäuden bei 60 Jahren liegt, von besonderem Gewicht. Schulplanung wird so - zumindest im Ergebnis - Mittel konservativer Schulpolitik. Unter solchem Aspekt isoliert und ohne Blick auf die Zukunft errichtete Schulen werden den Fortschritt bremsen, die Ergebnisse schulischen Bemühens schmälern; aber nicht die Entwicklung aufhalten. Sie werden sich als Fehlinvestitionen erweisen. Gründung und Bau von Schulen wird so zum Tempo bestimmenden Faktor der Schulentwicklung."

Man kann nur hoffen, daß eine entsprechende Aufklärungswelle kleinbürgerlichen Konservatismus und kleingemeindlichen Egoismus überwindet und unten wie oben die bessere Einsicht zur großen Lösung sich durchsetzen wird. Diese aber heißt:

Grundschulen mit mindestens Jahrgangsklassen,
Hauptschulen mit möglichst dreizügigen Jahrgangsklassen,
ein Netz von integrierten Haupt- mit Realschulen und von Haupt-, Real- und Oberschulen, somit von Gesamtschulen im ganzen Lande.

Wo der Schulbau dringend erforderlich ist, sollte man in entsprechend großen Verbänden Schulanlagen anstreben, die Haupt- und Realschulen bzw. Haupt-, Real- und Oberschulen umfassen, um wenigstens von der Investition her den Weg zur Gesamtschule nicht zu versperren.

Sportjugend im Bundesjugendring

Unzufriedenheit über Anteilsbeteiligung

EDS - Der vom "heißen" Kampf und Regen durchnäßte, hinter dem Fußball herrennende Jugendliche auf der einen - und der "treue", wanderfreudige mit Meßbuch "bewaffnete" Pfarrjugendliche auf der anderen Seite, gehörten längst zu den antiquierten und wirklichkeitsfremden Klischeevorstellungen über Jugendgruppenarbeit. Die Nachwirkungen dieser der Vergangenheit angehörenden Betrachtungsweise scheinen allerdings noch nicht begraben zu sein. Bedauerlich allerdings, wenn innerhalb der Jugendverbände und Organisationen selbst gewisse Resentiments immer noch vorhanden zu sein scheinen. Die Ankündigung der Deutschen Sportjugend, die mit einer Mitgliederzahl von 3,6 Millionen und einer jährlichen Zuwachsrate von rund 10 % 50 % der "Bundesjugendringanteile" besitzt, möglicherweise aus dem BJR auszuziehen, liegt tiefer als nur ein extrem zur Schau getragener Verbandsegoismus. Daß die Sportjugend von einer Vielzahl von Verbandsvertretern aus vielerlei Überlegungen immer noch als fünftes Rad am Wagen betrachtet wird, ist ebenso eindeutig, wie die These "Sport ist keine Jugendpflege" falsch ist.

Wenn dem Bundesjugendring heute eine Krise droht, weil sich die Sportjugend aufgrund ihrer Größe und Aktivität seit Jahren benachteiligt fühlt, und den Auszug aus dem BJR in Aussicht stellt, so ist das nicht zuletzt auf eine gewisse Fehleinschätzung der jugendpflegerischen Arbeit der Sportjugend zurückzuführen. Es ist hinreichend bekannt, daß besonders in den Landessportbünden eine moderne, vielseitige und sinnvolle musische und staatsbürgerliche Arbeit neben der eigentlichen sportlichen Ausbildung geleistet wird. Wenn im Jahre 1968 von den Sportjugendorganisationen in der Bundesrepublik rund 60.000, in vielen Fällen aus sozialschwachen Familien stammenden Jugendlichen, Ferienerholungsmaßnahmen vermittelt wurden, so kann man die jahrelangen positiven Bemühungen im jugendpflegerischen Bereich nicht übersehen.

Beim deutsch-französischen Jugendwerk weiß man ebenfalls die Jugendarbeit des Sports zu schätzen. 600 Gruppen von Sportlern aus allen Teilen der Bundesrepublik trugen 1968 zum großen Werk der deutsch-französischen Freundschaft bei. Außerdem gab es noch 400 Begegnungen im übrigen internationalen Bereich. Nicht zuletzt Sportjugendverbände sind es auch, die mit an der Spitze der deutsch-israelischen Begegnungen liegen. Die Klage der Sportjugendvertreter im Bundesjugendring richten sich gegen die nach ihrer Auffassung ungerechte Verteilung der Förderungsmittel, die bei einer 50-prozentigen Bundesjugendringanteil lediglich 15 bis 20 Prozent Mittelbeteiligung erhalten. Trotzdem wäre die Sportjugend schlecht beraten, wenn sie Anbetracht ihrer doch immerhin bedeutsamen Stellung den Bundesjugendring verlassen würde, der sich darüber sicherlich nicht glücklich schätzen kann.

+ + +

Neue Formen des Protestes

"Sit-ins" von Angehörigen politischer Häftlinge

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

In einem der Auslandspresse übergebenen Kommuniqué stellt die unterdrückte spanische Gewerkschaftsbewegung UGT (Mitglied des ISFG) eine alarmierende "Häufung der polizeilichen Unterdrückung" von UGT-Mitgliedern und Angehörigen der sozialdemokratischen Partei PSOE fest. In der Verlautbarung wurde den westeuropäischen Gewerkschaften für ihr Eingreifen gedankt, das zur Haftentlassung einiger von 12 festgenommenen UGT-Mitgliedern im Raum von Bilbao führte. Als weiteres Indiz für das verschärfte polizeiliche Vorgehen nennt das Kommuniqué die Verhaftung von über 10 entlassenen asturischen Bergarbeitern und UGT-Anhängern im Raume von Oviedo sowie die Bestätigung eines Urteils durch das Oberste Gericht, das einen UGT-Aktivisten von Alcoy (Alicante) zu zwei Jahren Gefängnis und einer hohen Geldstrafe wegen verbotener politischer Tätigkeit verurteilte.

Der Bischof von Santander, der gleichzeitig die Basken-Provinz um Bilbao betreut, hat die Behörden wegen der Verhaftung von prominenten Führern der katholischen Arbeiterbewegung FOAC wegen angeblich kommunistischer Umtriebe scharf kritisiert und die Unterstellungen der Polizei als "Verleumdung" bezeichnet. Msgr. Cirarda, so heißt der Bischof, hatte außerdem in einem Hirtenbrief auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Menschenrechte zu respektieren. Anders reagierte der Oberhirte von Madrid, Erzbischof Casimiro Morcillo, und der Erzbischof von Oviedo, Enrique Tarancón, die beide zu den konservativen Vertretern der katholischen Hierarchie Spaniens zählen und regierungstreu die seit dem 22. Dezember sich in Spanien häufenden "Sit-ins" von Angehörigen politischer Häftlinge verurteilten. Zuletzt war in der Madrider Josefskirche ein "Sit-in" von 30 Häftlings-Ehefrauen erfolgt. Diese "Sit-ins", die in mehreren Städten Spaniens stattfanden und auch nach Portugal übergriffen, bezweckten eine Mobilisierung der Öffentlichkeit zugunsten der politischen Häftlinge, meist gewählte Syndikatsfunktionäre, die wegen ihrer Mitarbeit in den "Arbeiterkommissionen" und der UGT verhaftet worden waren.

Nicht wenige Beobachter glauben, daß die Mütter und Ehefrauen der politischen Gefangenen vor allem das monarchische Lager innerhalb des Regimes von der Notwendigkeit überzeugen wollen, hier einmal Wandel zu schaffen.

Seit der Ausweisung der karlistischen Prinzensippe Bourbon-Parma und den wie eine Regierungserklärung gewerteten Äußerungen des von Staatschef Franco bevorzugten Thronanwärters Prinz Juan Carlos verdrängten sich die Anzeichen einer Restaurierung des seit dem 14. April 1931 verlassenen spanischen Königsthrons. Juan Carlos will zwar das

Volk über die Zukunft der Monarchie das letzte Wort sprechen lassen, doch die Würfel sind längst gefallen. Im Gegensatz zu dieser von der Regierung verteidigten These verlangt die sozialdemokratische PSOE eine Anerkennung der Monarchie nur in dem Falle, daß das Volk ausreichend aufgeklärt würde und auch über entsprechende andere Alternativen unterrichtet werden müßte. Doch seit 1947, als Spanien zur Monarchie ohne König proklamiert wurde, sind von Regierungsseite keinerlei Alternativen entwickelt oder geboten worden, so daß die Bevölkerung bei allen Volksabstimmungen auch die monarchistische Pille schlucken müßte.

Seit einem Jahr hat sich eine Gruppe von Intellektuellen ins monarchistische Lager geschlagen. Es ist die Gruppe um den gemäßregelten Rechtswissenschaftler Ernesto Tierno-Galván, die sich jetzt "Sozialistische Partei des Inneren" nennt, ohne jedoch von der PSOE dazu autorisiert zu sein. Die einjährige Tätigkeit dieser Gruppe ist in wenigen Sätzen zusammenzufassen: Sie konnte den Zusammenhalt der im Untergrund tätigen sozialdemokratischen Kräfte im spanischen Volk nicht schwächen, machte aber dafür umso eifriger Propaganda unter der in Madrid akkreditierten Auslandspresse. Als verlängertes Arm der Monarchisten ist ihr Einfluß bedeutungslos und in Arbeiterkreisen gleich null.

Eine Parteiorganisation der Gruppe Tierno-Galván besteht nicht; die Gruppe hat nur die Bedeutung eines kleinen Sektiererzirkels, der im Ausland viel ernster genommen wird, als er es verdient. Die Gruppe Tierno-Galván sollte ursprünglich die Rolle eines Trojanischen Pferdes der Monarchisten unter der Arbeiterschaft spielen, wurde aber wegen ihrer eigenen Dünablütigkeit ganz an den Rand intellektueller Kreise abgedrängt und stellt nur noch einen Rosenkranz erlauchter Schöngelster dar. Den Monarchisten ist es jedenfalls nicht gelungen, außerhalb ihrer angestammten Anhängerschaft im Offizierskorps und dem Mittelstand nützliche Idioten zu finden. Trotzdem ist die Monarchie kein Koloß auf tönernen Füßen. Wer in Spanien die bewaffnete Macht hinter sich weiß, sichert sich die Regierung - eine nicht nur aus jüngsten Zeitgeschichte zu belegende historische Tatsache.